

EU-Parlament lehnt die Ampelkennzeichnung ab

Die „EU Platform for Action on Diet, Physical Activity and Health“ ist die Achse, um die sich in Brüssel seit einigen Jahren die Ernährungsdebatte dreht. Apropos drehen: Man könnte sie auch als Auge des Taifuns bezeichnen. Denn was dort an Diskussionen, Vorschlägen, Befürchtungen, Best Practices, Leistungen vorgebracht wird, zieht mitunter weitere Kreise und taucht als politischer Vorschlag oder gesetzliche Initiative auf.

Die Challenges, denen sich die Industrie in der Obesity-Debatte stellen muss:

- Bad Nutrients
- Produktreformulierung – Portionsgrößen
- Werbung an Kinder / in Schulen, Verkaufsautomaten
- Nährwertkennzeichnung

Die Prozesssteuerung liegt bei der DG Sanco. Das Modell Plattform bietet ihr entscheidende Vorteile: Sie „lässt“ die Obesity-Debatte führen und gerät daher nicht in die Passivrolle, selbst Vorschläge machen zu müssen, die sachlich oder formal angreifbar wären. Gleichzeitig entstehen Modelle des Handelns quasi von selbst – in Form allseits abgegebener Commitments. Ob diese „freiwillig“ sind, ist letztlich nur eine graduelle Frage.

Das Europäische Parlament hat am 25. September 2008 im Plenum über das White Paper on Nutrition, Overweight and Obesity-related Health Issues beraten und abgestimmt. Der ins Parlament gebrachte Entwurf hat sich gegenüber den Wünschen einiger EU-Abgeordneter (Foglietta Report) – Stichwort „Colour Coding“: verpflichtende farblich unterlegte Nährwertkennzeichnung auf der Verpackungsvorderseite – als widerstandsfähig erwiesen. Das Parlament hat der Ampel eine Abfuhr erteilt. Kein „Sign Posting“, kein „Colour Coding“ als Empfehlung! (Im – abgelehnten – Textentwurf hatte es noch geheißen: „... including mandatory front-of-pack nutritional labelling using colour coding“.) Aktueller Text: Die Etikettierung muss lesbar, klar und leicht verständlich für den Konsumenten sein – und das kann man unterschreiben. Die Parlamentarier haben gegen „Colour Coding“ und damit für Information und gegen Suggestion entschieden:

Die Ampelkennzeichnung als subjektiv-wertende Aussage über den Nährwert von jeweils 100 g eines Lebensmittels ist keine Grundlage für die Entscheidung zugunsten einer individuell ausgewogenen Ernährungsweise.

GDA's dagegen liefern eine sachliche, nicht wertende Nährwertinformation je Portionsgröße und befähigen

den Verbraucher zur „Informed Choice“. Und: Die Industrie sieht sich damit im Bemühen um eine Nährwertkennzeichnung auf Basis von GDAs und Freiwilligkeit gestärkt.

Im Großen und Ganzen ist also das Ergebnis der parlamentarischen Behandlung den Industrievorstellungen entgegengekommen, hat Argumente der Wirtschaft übernommen und ihre aktive Rolle gewürdigt.

Im Text der Resolution des EU-Parlaments, der in Auszügen in diesem Heft abgedruckt ist (S. 502 f.), bringen einige Passagen diese durchaus positive Grundstimmung des Textes zum Ausdruck:

Zunächst der differenzierte Zugang: Bei der Analyse wird die Multikausalität des Obesity-Problems richtig erkannt, wenngleich aus der Sicht der Lebensmittelindustrie noch mehr Aufmerksamkeit auf die immer noch fehlende wissenschaftliche Durchdringung zwecks Gewinnung vergleichbarer Daten zu legen wäre. An der Spitze der Ursachenaufzählung stehen Ernährungserziehung und ein Lebensstil, der von sitzender Tätigkeit und der Abnahme körperlicher Aktivität geprägt ist – auch das ein richtiger und wichtiger „Einstieg“. Ausdrücklich wird auch auf den Rückgang der Schulsportstunden hingewiesen, ebenso aber die besondere Rolle der Schulen bzw. der Ernährungs- und Sporterziehung herausgestrichen.

Die freiwillige Selbstregulierung der Industrie wird gewürdigt. Begrüßt wird etwa deren Rolle bei der Umsetzung der Leitlinien für verantwortliche Produktwerbung bei Getränken und Lebensmitteln (z. B. CIAA Principles of Responsible Food and Beverage Advertising) und der freiwilligen Produktreformulierung. (Übrigens kann die europäische Lebensmittelindustrie mittlerweile auf ein beachtliches Arsenal von freiwilligen Maßnahmen verweisen: Eine EU-weite Studie im Auftrag der CIAA ergibt, dass von 2000 befragten Unternehmen aller Größen

- 43 % beim Salz-/Fett-/Zuckergehalt reformuliert haben, sei es durch neue Produkte, Reduzierung bei den bestehenden Produkten oder beides;
- 44 % haben Nutritional Labelling eingeführt oder planen die Einführung;
- 53 % haben die Angebotspalette – mehr Portionsgrößen – ausgeweitet.)

Beim Thema Schulwerbung ein „Ja, aber“: Vending Machines sind okay, aber es muss auch „Gesundes“ angeboten werden: Healthy Options muss es geben. Wie sieht es mit Sponsorship und Werbung für die sogenannten „HSSF-Produkte“ (das Kürzel steht

für „high in salt, sugar and fat“) aus? Hier werden weitgehende Eingriffe empfohlen: Die Entscheidung soll in der Hand der Schule liegen. Nur auf Wunsch der einzelnen Schule oder bei ausdrücklicher Erlaubnis der Schulverwaltung soll für diese Produkte geworben oder mit ihnen Sponsortätigkeit verbunden werden dürfen. Und als weitere Voraussetzung sollen diese Aktivitäten einem „Monitoring“ durch den – wir würden sagen – Schulgemeinschaftsausschuss unterliegen.

Der Aufruf zum EU-weiten Verbot von Transfetten erscheint inkonsequent, zumal auch auf diesem Gebiet die Lebensmittelindustrie – und zwar: freiwillig und schon längst – die Reformulierung eingeleitet hat. Das Thema Produktreformulierung gewinnt generell an Bewegung: Nach Konsultationen mit den Stakeholdern und der Errichtung einer High Level Group unter maßgeblicher Beteiligung von Vertretern aus dem Vereinten Königreich wurde Ende September 2008 ein „EU Framework for National Salt Initiatives“ mit Konkretem vorgestellt. Reduktionsziel soll entweder die nationale oder die WHO-Tagesaufnahmeempfehlung (5 g) sein. Auf fünf Elementen sollten die nationalen Initiativen, deren Ausformung im Übrigen den

Mitgliedstaaten freigestellt sein soll, beruhen: Daten sammeln: über Aufnahmemenge, Gehalt an Salz verschiedener Lebensmittelkategorien, größte Beiträger zur Salzaufnahme, Salz in der nationalen Ernährungsweise etc. Der Fokus soll auf bestimmten Lebensmittelkategorien liegen, welche die Mitgliedstaaten aus zwölf vorgegebenen Gruppen aussuchen: Brot, Fleischprodukte, Käse, Fertiggerichte, Suppen, Frühstückszerealien, Fischprodukte, Chips, Cateringmahlzeiten, Restaurantessen, Saucen, Gewürze, Kartoffelprodukte. (Die CIAA schlägt vor: Burger, Grillsteaks, Brot, Frühstückszerealien, Kartoffelchips, Suppen, Pizza, Fisch.) Von der Baseline 2008 gerechnet, sollen die Mitgliedstaaten den Salzgehalt bzw. die -aufnahme um 16 %, und zwar in vier Jahren je 4 %, reduzieren. Dies soll durch eine breite Unterstützung und Beteiligung von Industrie und Verbänden erreicht werden. Parallel dazu werden Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung empfohlen, verbunden mit der Anmerkung, NGOs einzubeziehen (!). Die Überwachung und Evaluierung liegen in der Verantwortung des Mitgliedstaates. Zeitplan: Nationale Kampagnen zur Bewusstseinsbildung sollen 2009 implementiert sein. Ein erster Bericht muss der Kommission bis Ende 2009 übergeben werden.